Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 6

Artikel: Schattenseiten der schweizerischen Konjunktur
Autor: Schaefer, Alfred
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161244

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schattenseiten der schweizerischen Konjunktur

ALFRED SCHAEFER

Menschengeist hat die Natur belauscht und ihr das Geheimnis ihrer Gesetze abgezwungen. Alle Macht der Erde scheint dem Erfinder, dem Techniker zu gehören, der die Natur gewaltsam befragt, Riesenhallen für Riesenmaschinen errichtet, fabelhafte Spannungen und Kräfte auf einem Punkt zusammendrängt, der Hand eines Kindes gehorchend, stampfende, zitternde, dröhnende Werke aus Stahl und Glas, in denen der Mensch Herr der Natur zu sein glaubt. Aber in diesem ungeheuren Reich der Maschinen, in unserm Zeitalter der technisierten Wirtschaft, ballen sich Kräfte zusammen, die ihre Eigengesetzlichkeit zu haben scheinen. Die Begriffe von Arbeit und Geld verändern sich, Axiome unserer Großväter scheinen verschwunden. Echte Werte werden von Wertphantomen überschattet. Lücken im Kreislauf von Einnahmen und Ausgaben werden immer umfangreicher mit geborgtem Kredit ausgefüllt. Nie war der Wohlstand ganzer Völker größer — aber nie waren deren Wesensart, deren geistige Kraftquellen stärker bedroht von den Schattenseiten einer Wirtschaftsblüte, die ganze Teile unseres Planeten zu verändern im Begriffe steht. Mit nüchternen Worten sei versucht, einige dieser Gefahren an Hand der Entwicklung in unserem eigenen Land aufzuzeigen.

Während bis vor kaum mehr als zweihundert Jahren materielle Not und Elend als etwas Unabänderliches und von Gott Gegebenes hingenommen wurde und sich noch bis zum zweiten Weltkrieg die volkswirtschaftliche Theorie und die Wirtschaftspolitik vornehmlich mit der Güterknappheit, Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Armut beschäftigen, erwachsen gegenwärtig der Gesellschaft nicht nur aus dem «Reichtum der Nationen», sondern auch aus dem Wohlstand der breiten Volksmassen, verbunden mit ihrer Vollbeschäftigung, neue Probleme. Die Forderung nach Steigerung der Produktion tritt seit einigen Jahren in den Hintergrund, weil die modernen Fabrikationsmethoden eigengesetzlich auf eine kontinuierliche Produktionserweiterung tendieren und der technische Fortschritt täglich neue Produktionsanreize schafft. Ebenso verliert die Frage der Verteilung des Sozialproduktes viel von ihrer Dringlichkeit, weil heute auch der Ärmste menschenwürdig leben kann und der große Anteil des Staates an der modernen Wirtschaft sowie die Steuerprogression auf die privaten Einkommen automatisch nivellierend wirken. In einer wohlhabenden Bevölkerung, deren unmittelbare und notwendige Bedürfnisse gewährleistet sind, erlahmt aber leider auch der Wille zur

Leistungssteigerung, Risiko und Abenteuer verlieren ihren Reiz, die Sicherung der erreichten Position gewinnt an Bedeutung, sei es nun die Erhaltung der Verdienstquelle, des Lebensstandards und der erarbeiteten Privilegien, oder sei es die Erwartung, daß jede Wirtschaftsabschwächung durch die Konjunkturpolitik des Staates abgefangen werde.

Überbordende neue Bedürfnisse

Zu dieser neuen, durch die Jahre der fast ununterbrochenen Hochkonjunktur seit dem zweiten Weltkrieg geprägten Wirtschaftsgesinnung, die der staatlichen Wohlfahrts- und Sozialpolitik teuer zu stehen kommt, tritt zusätzlich der Anspruch breiter Massen auf einen immer höhern Lebensstandard, auf die Befriedigung neuer Bedürfnisse, welche in steigendem Umfang auch durch Reklame und gesellschaftlichen Snob-appeal hervorgerufen werden. Die mit Riesenschritten vorwärtsdrängende Technik erweitert und rationalisiert nicht nur den Produktionsapparat, sondern weckt andauernd neue Konsumentenwünsche nach Dingen, die wie Auto, Radio, Fernsehen, Kino, Reisebequemlichkeiten usw. über die eigentlichen menschlichen Lebensbedürfnisse hinausgehen.

Das *Auto*, zu Anfang des 20. Jahrhunderts noch das Versuchsobjekt technischer Pioniere und nachher Luxus einer schmalen Schicht, ist zum fast selbstverständlichen Gut der Mittelstandsfamilie geworden. Heute kommt beinahe auf jeden fünften Einwohner ein Motorfahrzeug, und ungefähr jeder zehnte Schweizer befindet sich im Besitze eines Personenwagens, während es noch 1950 jeder dreißigste war. Allein 1960 führte die Schweiz 88 085 Personenwagen ein, und 90 329 PW wurden im vergangenen Jahr neu in Verkehr gesetzt. 1960 wurden zudem für 179 Millionen Franken Benzin eingeführt gegenüber noch 112 Millionen im Jahre 1955. Vermitteln diese Zahlen bereits schon ein Bild der Zunahme des schweizerischen Motorfahrzeugparkes, so geben sie doch kaum eine Vorstellung von der Umstellung, die durch das Auto als Massenverkehrsmittel in der schweizerischen Volkswirtschaft eingetreten ist. Wenn man einen Personenwagenstand von rund 500 000 annimmt und pro Fahrzeug 9 m² Parkierungsfläche rechnet, so benötigt dieser Personenwagenpark rund 450 ha. Für den Unterhalt all dieser Fahrzeuge braucht es in Garagen, an Tanksäulen und in der Verkehrsregelung ein ganzes Heer von Arbeitskräften. Durch Unfälle und Zusammenstöße ergibt sich eine Schädigung von Menschen und ein Verschleiß von Material, der Tausende von Helfern in Spitälern und Reparaturwerkstätten nötig macht. So wurden 1959 in der gesamten Schweiz 44 842 Verkehrsunfälle mit einem Sachschaden von Fr. 51,96 Millionen und 31 972 verunfallten Personen registriert. Die Parknot und das Verkehrschaos in den größern Städten seien hier nur am Rande vermerkt, obwohl sie zu einer unglaublichen Zeit- und Energieverschwendung

infolge der damit verbundenen Wartezeiten führen und die öffentliche Hand zu Ausgaben zwingen, von denen man sich vor einem Jahrzehnt noch kaum eine Vorstellung machte. In einer Stadt wie New York wird zum Beispiel angenommen, daß 15—20% der Arbeitsleistung der Einwohner allein auf den An- und Abtransport zur und von der eigentlichen produktiven Arbeit entfällt. Allein die Kosten für das geplante schweizerische Nationalstraßennetz belaufen sich nach den gegenwärtigen Schätzungen auf rund Fr. 5,7 Mrd., wobei dieser Betrag in Wirklichkeit wohl noch viel höher sein wird.

Fast ebenso stark macht sich das Bedürfnis nach komfortablerem *Wohnen* bemerkbar. So wurden im Durchschnitt in den Jahren 1931—1935 14 855 Wohnungen gebaut; 1946 waren es 11 022, 1950 19 374, im Jahre 1960 schätzungsweise beinahe 35 000, wobei ein Zuwachs von 20 000 Wohnungen pro Jahr für die Bevölkerungsvermehrung völlig ausreichen dürfte. Auch bescheidene Neuwohnungen, darunter solche, die mit Hilfe von Bauzuschüssen der öffentlichen Hand finanziert werden, verfügen heute über Bequemlichkeiten, die man vor einer Generation kaum in Villen antraf. Die Baukosten und Mietzinsen sind denn auch entsprechend gestiegen, und das Einfamilienhaus ist für den Durchschnittsbürger viel kostspieliger geworden als vor dem ersten Weltkrieg. Die weniger dichte Belegung mit Personen pro Raum bei andauernder Wohnungsknappheit und einem Leerwohnungsbestand von weniger als 1% für die gesamte Schweiz ist ein beredtes Zeugnis für den Drang nach mehr und besserem Wohnraum, vor allem in den Städten. Zu eingebautem Bad, Waschautomat, Elektroküche und Zentralheizung kommen Mixer, Plattenspieler, Radios, Fernseh- und andere Apparate, die immer mehr zum selbstverständlichen Lebensbedürfnis werden. Noch 1953 gab es in der Schweiz insgesamt 1000 Fernsehkonzessionäre, 1961 waren es bereits mehr als 170 000. Rechnet man für das Gerät eine Ausgabe von rund Fr. 1200.—, so ergibt das in den 7 Jahren für eine reine Freizeitunterhaltung eine Ausgabe von mehr als 200 Millionen Franken.

Die gehobene Lebenshaltung hat auch das *Reisen* zur Selbstverständlichkeit gemacht. Auslandferienaufenthalte leisten sich heute jedes Jahr mehr als eine halbe Million Schweizer. Inlandferien, besonders Wintersportaufenthalte, sind zur Selbstverständlichkeit geworden. Eine moderne Mittelstandsfamilie, die etwas auf sich hält, ist im Winter 14 Tage an einem Wintersportplatz zu treffen und reist im Sommer in ein anderes europäisches Land, wenn nicht gar auf einen andern Kontinent. Weekends in Wintersport- und Sommerfrischeplätzen sind bei vielen jungen Leuten zur Regel geworden, wobei für solche Ausflüge eine besondere zweckmäßige und modische Aufmachung und Ausrüstung als notwendig empfunden wird. All dies ist nicht billig. Eine Skiausrüstung für eine Person kommt heute auf etwa Fr. 600.— zu stehen, während sie vor etwas mehr als 20 Jahren eine Auslage von Fr. 200.— erforderte. Infolge der großen Nachfrage und der gestiegenen Ansprüche haben sich die Hotelpreise bedeu-

tend erhöht. Vor 30 Jahren erhielt man noch in kleinen Pensionen für Fr. 8.— Vollpension, mittlere Gasthöfe verlangten bis Fr. 12.— und erstklassige Unterkünfte mit Pension waren selten teurer als Fr. 18.—. Heute zahlt man an den meisten Ferienorten mindestens Fr. 18.— pro Bett und Pension, im allgemeinen liegen aber die Vollpensionspreise in den erstklassigen Hotels über Fr. 50.—. Dabei sind die guten Hotels, vor allem in den Städten, dauernd überfüllt, weil die Schicht der hohen Einkommensbezüger und der Spesenritter immer breiter wird. Schweizerische Städte werden aus diesen Gründen von Kongressen und internationalen Tagungen gemieden. Ganz ähnlich verhält es sich mit den Preisen in guten Restaurants. Auslagen von jungen Leuten einfachen Standes unter zwanzig Jahren an einem Abend von 20 und mehr Franken sind nicht selten.

Keineswegs soll die Annehmlichkeit einer gehobenen Lebenshaltung kritisiert werden. Es bleibe auch dahingestellt, ob sie im Interesse der Volksgesundheit liegt oder mit der einfachen und nüchternen Art des Schweizers auf die Dauer vereinbar ist. Besorgnis erweckt nur, daß vielfach selbst die wachsenden Einkommen zur Bezahlung all dieser neuen Bedürfnisse kaum ausreichen. Zwar sind die Reallöhne seit dem zweiten Weltkriege bedeutend gestiegen. Nimmt man die Löhne und Preise von 1939 als Ausgangsbasis = 100%, so lagen 1960 die mittleren Arbeiterverdienste etwa bei 270%, die durchschnittlichen Angestelltenlöhne bei 240%, während der Lebenskostenindex in der gleichen Zeit um ca. 80% stieg. Das ergibt eine durchschnittliche Reallohnsteigerung innert 20 Jahren um 50% bei den Arbeitern und um 33% bei den Angestellten. Da auch im Basisjahr der Lebensstandard ziemlich hoch lag und heute vermehrt Neben- und Frauenverdienste das Familieneinkommen erweitern, kommt es nicht selten vor, daß mit dem Familienbudget real doppelt so viel angeschafft werden kann als 1939.

Lockender Konsumkredit

Allmählich gehen aber die Wünsche mancher Schweizer über die Grenzen hinaus, die ihnen durch Einkommen und Vermögen gesetzt sind. In einer Zeit, da die äußere Geltung leider immer mehr von der zur Schau gestellten Wohlhabenheit und vom Aufwand abhängt, wollen viele nicht hinter Nachbarn und Bekannten zurückstehen, um so mehr als die Reklame der Produzenten ihre Wünsche immerfort anreizt; die stetig steigende Produktion muß ja schließlich an den Mann gebracht werden. Obwohl nach wie vor in ansehnlichem Umfang gespart wird — wenn auch in erster Linie von den ältern Personen —, verfügen insbesondere die jüngern Leute oft nicht über die notwendigen Mittel zur Erfüllung der vielen Wünsche. Da Verzicht und Selbstbescheidung kaum mehr zeitgemäß sind, springt der *Konsumkredit* ein; die Anschaffungen werden

nicht aus Ersparnissen bezahlt, sondern die Mittel werden in der Erwartung ständiger Einkommenssteigerungen immer mehr vermittelst Eingehen eines Abzahlungsgeschäftes aufgebracht. Leider existieren über die Summe der offenstehenden Konsumkredite in der Schweiz keine zuverlässigen Zahlen, doch wird ihr Gesamtbetrag auf 500 bis 600 Millionen Franken geschätzt. Ein einigermaßen zuverlässiges Bild der Zunahme in den letzten Jahren geben die Zahlen über die Abzahlungskäufe mit Eigentumsvorbehalt in den großen Städten. In Zürich erreichten diese 1959 den Betrag von 36,8 Millionen Franken gegenüber 7,2 Millionen 1938, in Basel 21,3 Millionen Franken gegenüber 5,8 Millionen und in Bern 12,8 Millionen Franken gegenüber 2 Millionen. Selbst wenn man die Bevölkerungszunahmen in Rechnung stellt, dürfte dieser Anstieg für sich selber sprechen. Nach vorsichtigen Schätzungen werden zudem ca. 20—25% der Autos in Teilzahlungsraten gekauft. Wenn auch das Abzahlungsgeschäft in vielen Fällen sicher seine Berechtigung hat, so ist es doch bezeichnend, daß in einer Zeit sehr reichlich fließender Einkommen oft sogar Aussteuer- und Gebrauchsgegenstände zu den wesentlich höhern Kosten der Ratenabschlüsse gekauft werden müssen.

Die Ausdehnung des Konsumkredites in einer Zeit der Hochkonjunktur stimmt nachdenklich, nicht nur, weil sie auf einen Gesinnungswandel bei unserer von Haus aus sparsamen und nüchternen Bevölkerung hinweisen könnte, sondern auch weil sie eine höhere Produktion oder eine umfangreichere Einfuhr zur Folge hat, als sie dem erarbeiteten Einkommen entsprechen würde. Ein bedeutender Teil der Abzahlungskäufe basiert zudem auf der Annahme, daß die Tilgung der Raten durch Nebenverdienste des Familienoberhauptes oder seiner Frau ermöglicht werde. Sollte aber infolge einer Konjunkturschwäche oder aus persönlichen Gründen der Nebenverdienst wegfallen, so würden solche Haushalte empfindlich auf kürzere Rationen gesetzt. Abzahlungsverpflichtungen könnten nicht mehr erfüllt und teure Hobbies müßten aufgegeben werden. Von den politischen, psychologischen und sozialen Konsequenzen eines wirklich empfindlichen Rückschlages soll hier gar nicht gesprochen werden.

Zweifellos ist in der Schweiz — im Gegensatz zu den USA und andern Ländern — der Abzahlungskredit noch in durchaus erträglichem und vernünftigem Rahmen geblieben. Aber ungeachtet unserer blühenden Konjunktur — oder vielleicht gerade ihretwegen — nimmt die Zahl derjenigen Bewohner unseres Landes zu, die aus irgendeinem Grunde ihre Möglichkeiten überschätzt haben. 1938 wurden in der Schweiz 967 000 Zahlungsbefehle zugestellt. 1959, also bei voller Hochkonjunktur, waren es 1 176 000. In der gleichen Zeit stieg die Anzahl der Pfändungen von 316 000 auf 410 000. Allein die Zahl der Zahlungsbefehle für Steuerforderungen im Kanton Zürich erhöhte sich von 1958 auf 1959 von 34 680 auf 45 747. Zum Vergleich mit 1938 ist beizufügen, daß sich Ende 1938 die Zahl der Stellensuchenden auf rund 90 000 belief, während

wir heute praktisch keine Arbeitslosen mehr haben. Die Gründe für diese Vermehrung der Betreibungsfälle mögen mannigfaltig sein. Das «Über-die-Verhältnisse-Leben», das man in den letzten Jahren vielerorts konstatieren mußte, dürfte aber wohl doch die Hauptursache des Übels sein.

Abnehmender Leistungswillen

Jahre der Vollbeschäftigung und der Konjunkturblüte fördern aber nicht nur den Hang zu vermehrtem Lebensgenuß, sondern begünstigen auch die Bequemlichkeit und bedrohen den *Leistungswillen.* Vielerorts wird heute weniger Wert auf die Ausbildung gelegt. Die jungen Leute wissen, daß sie nach Abschluß einer Lehre oder einer Berufsschule gesuchte Kräfte sind, ja, daß sie auch ohne berufliche Ausbildung gut verdienen können. Obwohl anerkannt sei, daß heute noch viele junge Menschen hart an ihrer Ausbildung arbeiten, darf nicht verschwiegen werden, daß die Zahl der «Minimalisten» zunimmt. Allzu viele verwenden auf ihre berufliche Ausbildung nur das Minimum an Kraft und Zeit, das notwendig ist, um die verlangten Prüfungen schlecht und recht zu bestehen, während die Hauptenergie dem Sport oder privaten Hobby gehört. In Zeiten der Hochkonjunktur und der Arbeiterknappheit sind außerdem Lehrfirmen und Ausbildungsplätze weniger gut betreut, da immer weniger erfahrene Ältere sich Zeit und Mühe für die Ausbildung von Lehrlingen und Untergebenen nehmen können. Die Fortbildungskurse werden, ungeachtet des großen Mangels an qualifizierten Nachwuchskräften, nicht im erwünschten Ausmaß besucht. Der Hang zum Wohlleben mag auch in begabten Kreisen bereits ausgeprägter sein als der Wille, durch harte Arbeit und durch Formung der Persönlichkeit mehr Erfahrung und Reife zu gewinnen und dadurch vielleicht auf längere Sicht mehr vom Leben zu haben. Wie wollen wir bei dieser Entwicklung auf die Länge den hohen Standard unserer Schulen und Ausbildungsstätten und damit schließlich auch die hohe Qualität unserer Produktion aufrechterhalten? Bereits heute herrscht ein empfindlicher Lehrermangel für mathematische und technische Fächer, die ein besonders anstrengendes und konzentriertes Studium verlangen. Nicht wenige schweizerische Akademiker wandern zu USA-Gesellschaften ab, wo sie bei bequemeren Arbeitsbedingungen mehr verdienen. Der wesentlichste Reichtum unseres Landes besteht schließlich in unserer guten Arbeit, und der größte Teil unseres gegenwärtigen hohen Lebensstandards beruht auf der ausgeglichenen Ausbildungsgrundlage, die uns frühere Generationen auf den Weg gegeben haben. Im Osten, in Rußland und in China, erhalten heute Hunderttausende junger Leute eine ausgezeichnete fachliche Ausbildung, verbunden mit einer Erziehung zur Genügsamkeit, Ausdauer und zuverlässigen Arbeit. Auf die Dauer könnten wir mit unserem westlichen euphorischen Evangelium des Lebensgenusses und

der Selbstzufriedenheit dieser viel härter erzogenen Konkurrenz aus dem Osten vielleicht einmal nicht mehr gewachsen sein.

Die Knappheit am Arbeitsmarkt begünstigt auch eine durch keinerlei Berufsethos getrübte Einstellung zum Erwerbsleben. Stellenwechsel für verhältnismäßig geringe Lohnerhöhungen sind an der Tagesordnung. Es wird nicht ein neuer Posten gesucht, um die berufliche Erfahrung zu erweitern, sondern um etwas mehr zu verdienen oder um einer Unbequemlichkeit aus dem Wege zu gehen. Welche Folgen dieser umfangreiche und oft leichtsinnige Stellenwechsel für die gesamte Volkswirtschaft hat, kann man dann abschätzen, wenn man weiß, wieviel Kapital und Zeit für die Einarbeitung neuer Angestellter und Arbeiter notwendig sind.

Auch Charaktereigenschaften wie Ausdauer, Zähigkeit und Wagemut gedeihen im Klima der Wohlhabenheit bedeutend schlechter. Früher fanden viele junge Leute den Mut, sich in Übersee eine Existenz aufzubauen. Noch in den Jahren 1901—1905 wanderten jährlich im Durchschnitt 4862 Personen aus. 1931—1935 waren es noch 1329, 1959 nur noch 1173 Personen. Die Neigung, eine einmal erreichte Situation im Leben unter allen Umständen und mit möglichst wenig Opfern zu halten, tritt auch im Rückgang der Zahl dieser für die Wirtschaft der Schweiz wichtigen Pioniere deutlich zutage.

Teilweise unterstützen auch die Arbeitnehmerverbände die Neigung ihrer Gefolgschaft, mit wenig Anstrengung viel zu verdienen, obwohl zugegeben werden muß, daß sie sich im Gegensatz zu ausländischen Gewerkschaften bisher einer anerkennungswerten Mäßigung beflissen haben. Es ist aber offensichtlich ein volkswirtschaftlicher Unsinn in einer Zeit, da die Schweiz beinahe eine halbe Million Fremdarbeiter benötigt, für einen weitern *Abbau der Arbeitszeit* einzutreten, um so mehr, als angesichts der vollen Auslastung des Arbeitsmarktes jeder Rückgang der Arbeitszeit vorerst den Zuzug weiterer ausländischer Arbeitskräfte bedingt und erst später vielleicht durch zusätzliche Rationalisierung ausgeglichen werden kann. Die Tatsache, daß in den letzten 12 Monaten im Durchschnitt keine tausend Arbeitslose gezählt wurden, unser Arbeitskräftereservoir also erschöpft ist und die Quelle der ausländischen Arbeitskräfte auch langsam zu versiegen droht, läßt für die Zukunft nur die Alternative offen, beschleunigt weiter zu automatisieren oder auf die Konkurrenzfähigkeit an den Weltmärkten zu verzichten.

Völlig unverständlich ist die sture Verkürzung der Wochenarbeitszeit im Baugewerbe und seinen verwandten Branchen, wo man die Fünftagewoche einführte, obgleich dieser Sektor unserer Wirtschaft auch heute noch stark wetterabhängig ist und seine zu vier Fünfteln ausländischen Arbeiter mindestens teilweise an schönen Samstagen gerne arbeiten würden. Auch in andern Wirtschaftszweigen, hauptsächlich in den Dienstleistungsgewerben, ergeben sich ähnliche Situationen. Mehr Freizeit bei gleichen oder höhern Löhnen ist aber auf die Dauer nur bei wesentlichen Produktionssteigerungen möglich.

Solchen sind aber in einzelnen Branchen natürliche Grenzen gesetzt und in andern werden sie durch den schwachen Leistungswillen der Arbeitnehmer beschränkt oder führen zu einer immer weitergehenderen Mechanisierung und Automatisierung und damit zu einer zunehmenden seelischen Verarmung unseres Wirtschafts- und öffentlichen Lebens.

Wechselnde Überfremdung

Ebenso stark steigt aber auch die wirtschaftliche Verwundbarkeit mit der Zunahme der *ausländischen Arbeitkräfte*, ohne die unsere ganze Wirtschaft überhaupt nicht mehr funktionieren könnte. Im allgemeinen werden ja mit den Fremdarbeitern gute Erfahrungen gemacht; die meisten passen sich ausgezeichnet in unser Volksganzes ein. Die Frage bleibt aber dennoch offen, ob es ganz ungefährlich sei, wenn auf zehn Schweizer ein ausländischer Arbeiter kommt und wenn beinahe jeder fünfte Erwerbstätige ein Ausländer ist. Das muß auf unsern Volkscharakter abfärben, ob wir wollen oder nicht. Für die Schweiz als einer Willensnation ist die Gefahr der Überfremdung größer als für andere sprachlich und konfessionell geschlossene Länder. Die meisten Fremdarbeiter bleiben allerdings nur kurze Zeit — in den Jahren 1958 bis 1962 werden jährlich nur etwa 9000 die feste Niederlassung erhalten — und ihre Bindung zur Schweiz ist nicht sehr groß. Anderseits zeigen Vergleiche zwischen dem Anstieg des Fremdarbeiterbestandes und der Zunahme des Volkseinkommens eine steigende Abhängigkeit unseres Wirtschaftswachstums von diesen Arbeitskräften. Es wird in den immer komplizierter werdenden Apparat unserer schweizerischen Wirtschaft ein Element eingebaut, mit dessen Dauerhaftigkeit und Zuverlässigkeit auf die Länge nicht ernstlich gerechnet werden darf. Was geschieht mit unseren Produktionskapazitäten, wenn die ausländischen Kräfte aus irgendeinem Grunde auch nur zum Teil in ihre Heimat zurückkehren?

Schwindende Risikobereitschaft

Die psychologischen Auswirkungen der vorzüglichen Wirtschaftslage machen sich nicht nur bei den unselbständig Erwerbenden bemerkbar, sondern auch in denjenigen Schichten, aus denen sich Unternehmer und selbständige Handwerker rekrutieren. Die Zahl der *Selbständigerwerbenden* sank in den 20 Jahren von 1930 bis 1950 von 428 000 auf 409 000 und dürfte seither weiter leicht rückläufig gewesen sein, während die Zahl der Erwerbstätigen in den gleichen 20 Jahren von 2,054 Millionen auf 2,339 Millionen anstieg. Es muß zum Aufsehen mahnen, daß sich die Bevölkerungsgruppe der großen und kleinen Un-

ternehmer, die einen Rückhalt der schweizerischen Demokratie bildet, mehr und mehr im Rückgang befindet. Einerseits hängt dies sicher mit der abnehmenden Risikofreudigkeit unseres Volkes zusammen, anderseits dürfte diese Entwicklung aber auch in der Struktur der modernen Wirtschaft liegen.

Für den Handwerksmeister wird es immer schwieriger, gelernte Gesellen, Hilfskräfte, Lehrlinge zu finden. Wer will noch eine dreijährige Lehre absolvieren, wenn er sofort nach Schulaustritt eine hochbezahlte Hilfsarbeiterstelle findet?

Neugründungen von Firmen sind in den meisten Branchen schwierig geworden. Sie brauchen ein großes Anfangskapital, sind steuerrechtlich benachteiligt und finden meist kaum Arbeitkräfte. Die alteingesessenen Firmen konnten im Laufe der zahlreichen guten Jahre einen umfangreichen, angesichts des raschen technischen Fortschrittes notwendigen Forschungsapparat aufbauen. Teilweise müssen selbst Großfirmen sich zusammenschließen, wenn sie die Kosten einer zeitgemäßen Forschung und Propaganda bestreiten wollen. Außerdem vermochten die «alten» Firmen in den Jahrzehnten der guten Konjunktur ihre Maschinen und Anlagen stark abzuschreiben und sich damit von Kapitalkosten weitgehend zu entlasten, so daß es dem Anfänger in jeder Branche schwerfallen muß, ins Geschäft zu kommen und konkurrenzfähig zu sein, selbst wenn er über die notwendigen hohen Eigenmittel verfügt. Ein Querschnitt durch unsere Wirtschaft und unsere Firmenregister zeigt darum auch neu auftauchende Firmen nur dort, wo eine bisher nicht existente Produktion frisch aufgenommen wurde, während in den «alten» Branchen in den letzten Jahren keine neue Firma wirklich groß geworden ist. In einzelnen Sektoren hat sich geradezu ein Numerus clausus herausgebildet, der einen fruchtbaren Wettbewerb innerhalb des Landes und damit eine normale Preisbildung erschwert und die Gefahr von Fehlinvestitionen nicht ausschließt. Bei allem guten Willen kann der junge Unternehmer von heute angesichts der bestehenden Kolosse kaum mehr ein Gründer und Pionier im Sinne des 19. Jahrhunderts sein. Seine Möglichkeiten sind beschränkt, sein Risiko entmutigend.

Verstärkte Kapitalbeanspruchung

Dennoch, oder gerade weil die kapitalkräftigen Großunternehmen vorherrschen, sind die *Kapitalinvestierungen* in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Angesichts der guten Wirtschaftslage und der steigenden Preise wurden sehr viele Fabrikerweiterungen und industrielle Neubauten geplant und ausgeführt, oft im Vertrauen auf ausreichende Fremdarbeiterkontingente. 1960 wurden durch die Fabrikinspektoren insgesamt 3366 Fabrikbauvorlagen begutachtet, während Ende 1959 etwa 12 735 Betriebe, die dem Fabrikgesetz unterstehen, schon vorhanden waren. Diese Wachstumsrate im Verhältnis zu den schon

bestehenden Einrichtungen ist frappant und weist auf das weitverbreitete Bestreben hin, den gegenwärtigen Boom nach Möglichkeit auszunutzen, angesichts der steigenden Baukosten Neuanlagen beschleunigt zu erstellen und mittelst Rationalisierung à outrance dem gegenwärtigen Arbeitermangel zu entgehen. Für 1961 liegt die geschätzte Bausumme für die Schweiz um 25% höher als im Vorjahr, was auf eine weitere Zunahme der industriellen Investitionen schließen läßt. Die großen Auftragsbestände — allein in der Maschinenindustrie überschreitet der durchschnittliche Arbeitsvorrat 9 Monate — und die optimistische, vielleicht allzu optimistische Beurteilung der Aussichten der europäischen Integration machen dieses Investitionsfieber erklärlich, das durch die Möglichkeit der billigen Geldbeschaffung — Obligationenanleihen oder Kapitalemission mit Agio — noch gefördert wird. Unter dem Einfluß dieser übertriebenen Nachfrage nehmen die Lieferfristen zu und verteuern sich die Investitionen noch mehr.

Steigende Bodenpreise

Da in unserem Land der Boden andauernd knapper, das Geldkapital aber immer größer wird, werden viele *Grundstücke*, vor allem in der Nähe der Städte, zu Spekulationswerten. Sie wechseln oft mehrfach ihren Besitzer, wobei große Zwischengewinne eingesteckt werden und die Bauplätze für private oder öffentliche Zwecke ständig teurer werden. Eine Liegenschaft an der Zürcher Bahnhofstraße erzielt heute einen Quadratmeterpreis von über Fr. 30 000.—, in der Gegend des Schaffhauserplatzes Fr. 2000.— pro m². Am rechten Zürichseeufer haben sich die Bodenpreise in den letzten 10 Jahren verdrei- bis vervierfacht, und in Zürich-Schwamendingen gilt Bauland, das vor einem Jahrzehnt noch um Fr. 10.— bis Fr. 15.— pro m² erhältlich war, heute mehr als Fr. 200.—. An Steinhalden in Seenähe werden im Tessin für Land, das vor Jahren noch 50 Rp. pro m² kostete, Fr. 50.— bis Fr. 70.— bezahlt, und zwar nicht in Stadtnähe, sondern an abgelegenen Ufern. Die Nachfrage in der Umgebung der Städte ist in der gesamten Schweiz weiter im Anstieg, wobei die guten Verdienstmöglichkeiten und die großzügigen sozialen Einrichtungen ein zusätzlicher Magnet für die Zuwanderung sind. Die auf diese Art entstehenden großen Wohngebiete wachsen immer enger zusammen und stellen die öffentliche Hand vor schwere verkehrstechnische, gesundheits- und baupolizeiliche Probleme. Als typisches Beispiel sei die Agglomeration Zürich erwähnt, deren Bevölkerung in den Jahren 1930—1959 von 290 937 auf 436 475 Personen zunahm, sich also beinahe verdoppelte. Rechnet man die zwar nicht politisch, wohl aber wirtschaftlich von der Stadt abhängigen Gemeinden hinzu, so leben im «Raum» Zürich heute wohl annähernd 550 000 Menschen.

Neben den Bodenpreisen haben infolge der steigenden Löhne auch die

eigentlichen Baukosten die Bewegung nach aufwärts mitgemacht. Der Zürcher Baukostenindex (1939 = 100), der 1946 auf 177% stand, erreichte im August 1960 die Höhe von 227, und die neuesten Forderungen der Bauarbeiter lassen einen weitern rapiden Anstieg voraussagen. Auf lange Sicht gesehen, resultiert daraus ein Anstieg der Mietpreise, der dann wiederum auf die Arbeitskosten abfärben muß. So wird zum Beispiel in einer Zürcher Vorortsgemeinde für eine neue Vierzimmerwohnung ein Mietzins von Fr. 400.— pro Monat bezahlt, während man vor zehn Jahren für eine gleichartige noch Fr. 250.— bezahlte. Aber auch die Handwerkerlöhne für Reparaturen und Umbauten sind entsprechend gestiegen. 1950 wurden in gewissen Gewerben Stundenlöhne von Fr. 4.— berechnet, während heutzutage solche von Fr. 7.— bis 9.— an der Tagesordnung sind, wobei noch hinzuzufügen wäre, daß in der Berechnung der Stunden meist sehr großzügig zu Lasten der Kunden aufgerundet wird, da dieser ja froh sein muß, daß bei der heutigen Arbeitsüberlastung überhaupt ein Handwerker oder Arbeiter vorbeikommt.

Die für die nächsten Jahre angemeldeten und in der Maschinen- und Metallindustrie bereits bewilligten erschreckend weitgehenden Lohnforderungen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände lassen einen erneuten Anstieg der Preise und Kosten voraussehen. Die Zeche in diesem Circulus vitiosus werden jedenfalls die Konsumenten und Sparer zu bezahlen haben. Der Index der Konsumentenpreise widerspiegelt ja die Drehung dieses Teufelsrades nur teilweise, weil im Familienbudget auch andere, im Index nicht enthaltene «Luxus»güter an Bedeutung gewonnen haben.

Nachhinkende Landwirtschaft

Am empfindlichsten haben die Auswirkungen des Booms die *Landwirtschaft* getroffen. Nach Ermittlungen des Schweizerischen Bauernverbandes stiegen die Produktionskosten pro ha mit Wald von Fr. 2157 im Durchschnitt der Jahre 1946—1950 auf Fr. 3035 im Jahre 1958 und haben seither weiter zugenommen. Dazu kommt, daß eine Abwanderung der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft die einzelnen Betriebe zu vermehrter Rationalisierung und Anschaffung von zwischenpreislich verteuerten Maschinen zwang. Bei uns wie in den übrigen europäischen Ländern sind einer möglichen und auch in der Schweiz endlich einmal energisch anzupackenden Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft von der Natur Grenzen gesetzt. Wenn aus wehr- und kulturpolitischen Gründen mit Recht auch bei uns vermittelst Subventionen und Preisstützungen für ein genügendes Auskommen der Bauernschaft gesorgt wird, so geschieht dies immerhin und in steigendem Umfang zu Lasten des Volksganzen. In den Jahren 1950—1960 wurden ca. 1 Milliarde an Bundesgeldern zur Förderung der Landwirtschaft ausbezahlt, und der Milchpreis stieg

trotzdem innerhalb 10 Jahren von 47 Rappen pro Liter auf 59 Rappen, von den Fleischpreisen ganz zu schweigen. Auch von dieser Seite her erfolgt somit ein Druck nach aufwärts auf die Preis-Lohn-Spirale.

Erweiterter Staatssektor

Der allgemeine Kostenanstieg vermehrt auch die Ausgabenlast der *öffentlichen Hand.* Der Staat wird durch das Wachstum der Bevölkerung, durch die gesteigerten Ansprüche auf soziale Sicherheit, die neuen Bedürfnisse zu steigenden Investitionen gezwungen. Die in Erwartung eines Konjunkturrückschlages zurückgestellten Bauvorhaben sind inzwischen dringlich geworden, der Bau von Auto- und Bergstraßen und die Sanierung der Verkehrsverhältnisse in den großen Städten kommen schon reichlich spät und werden zu einer viel empfindlicheren Belastung für die gesamte Volkswirtschaft. Aus Verkehr, Wasserversorgung und Kanalisation, aus Forschung und Schule, aus dem Bau von Krankenhäusern usw. erwachsen der öffentlichen Hand neue und steigende Lasten. Das Problem der Gewässerverschmutzung ruft dringend einer Lösung. Die Zuführung von gesundem Trinkwasser wird immer schwieriger und kostspieliger. So wird auch der Staat in den Sog des Booms gerissen und gezwungen, mit seinen Aufträgen die Wirtschaft noch mehr anzuspannen, vor allem auf dem sowieso prekären Bau- und Arbeitsmarkt. Schon 1960 stellte sich die Summe der öffentlichen Bauvorhaben auf 2,2 Milliarden, und 1961 soll sie mit 2,6 Milliarden um 15% höher sein. Obwohl die 1960 ausgeführten Bauten nicht die Projektsumme erreichten, mahnt es doch zum Aufsehen, wenn ca. ein Drittel der gesamten Bauvorhaben auf Bund, Gemeinde und Kantone entfallen.

Die notwendigen finanziellen Mittel sind leider überreichlich vorhanden, weil infolge der ausgezeichneten Wirtschaftslage die Einnahmen wesentlich höher ausfallen als budgetiert, was jeweils die Begehrlichkeit der an sich schon ausgabefreudigen Parlamente nur noch steigert und entgegen einer antizyklischen Politik zu neuen Aufblähungen der Ausgaben führt. So stiegen die Gesamtausgaben der schweizerischen Finanzrechnung von 1673 Millionen Franken im Jahre 1950 auf 2600 Millionen pro 1960. Die Auslagen für Bundespersonal und Behörden erhöhten sich von 200 Millionen Franken im Jahre 1946 auf 356 Millionen 1960. Für bundeseigene Sozialwerke wurden 1946 rund 52,6 Millionen aufgewendet, 1960 waren es 245 Millionen. Die gesamten Subventionen wurden von 424 Millionen Franken im Jahre 1947 auf 665 Millionen 1960 erhöht. — Und all das in Jahren der Hochkonjunktur, also in einer Zeit, da die Wirtschaft vermehrt ohne die Hilfe des Staates auskommen sollte. Bei den Kantonen läßt sich eine parallele Entwicklung feststellen, stiegen doch die Ausgaben der Kantone von 1919 Millionen Franken im Jahre 1951 auf

2970 Millionen im Jahre 1958. Wohl mögen in diese Zahlen Preissteigerungen hineinspielen, doch werden dem Staate auch bedeutende neue finanzielle Lasten überbunden, die ruhig auf den Schultern der Staatsbürger hätten belassen werden können. Wie weit diese Neigung zur Sozialisierung schon fortgeschritten ist, zeigt die Neuregelung der AHV, deren Finanzierung vermehrt der öffentlichen Hand, und zwar einer zukünftigen Generation, auferlegt wird, ohne daß sich ein starker Widerspruch geltend gemacht hätte. Der Souverän ist gnädig, weil der einzelne Bürger wohl gegen die hohen Steuern murrt, sie aber verhältnismäßig leicht bezahlen, bzw. auf Dritte abwälzen kann, einerseits in Form von Lohnerhöhungen auf den Arbeitgeber, anderseits mittelst Preisaufschlägen auf die Kundschaft. Zudem nimmt in weiten Volksschichten das politische Interesse dauernd ab. Verbände und Gewerkschaften vertreten verstärkt nur die materiellen Interessen der einzelnen Wirtschaftsgruppen, und für ideelle Bestrebungen hat der Bürger heute scheinbar wenig Zeit.

Übersteigerte Börsenkurse

Auch an den *Börsen* kommt die Wohlhabenheit der schweizerischen Bevölkerung, aber auch das Interesse des Auslandkapitals an Anlagen in unserer Wirtschaft in beunruhigenden und in Einzelfällen fast grotesken Übersteigerungen zum Ausdruck. Die schweizerischen Aktienwerte mit internationalem Ruf werden mehr und mehr gesucht, sei es, weil das Börsenpublikum die ihm sicher scheinende Anlage in schweizerischen Papieren bevorzugt, sei es, weil es allzu große Gewinnerwartungen unbestimmten Charakters in bezug auf schweizerische Werte hegt, teilweise angeregt durch ad hoc «Börsendienste» und -blätter aller Art. Diese Nachfrage eines schweizerischen und internationalen Börsenpublikums stößt an den schweizerischen Märkten auf ein relativ kleines Angebot, da ja weniger als ein Drittel mit rund 3,4 Milliarden Nennwert der schweizerischen Aktien kotiert sind, sich ein bedeutender Teil derselben in festen Händen befindet und in der letzten Zeit viele Inhaber- in Namentitel umgewandelt wurden. Einem Überfluß an Geldkapital steht also nur ein beschränktes Angebot gegenüber. In der Hoffnung auf leichte Gewinne, die sich bisher in ungeahntem Ausmaße erfüllte, drängt ein immer zahlreicheres Publikum an die Börse. Allein in drei Jahren, von 1957 bis 1960, nahmen die Umsätze an der Zürcher Börse von 10,1 Milliarden Franken auf 19,5 Milliarden zu. Der Aktienindex der Schweizerischen Nationalbank, der sich noch 1946 um 235 Punkte bewegte, lag Mitte Juni 1961 bei 1100. Noch bedeutsamer war der Kursanstieg einzelner Werte. Die Aktien der Bankgesellschaft, die 1946 zwischen Fr. 742.— und Fr. 910.— lagen, erreichten 1955 einen Höchstkurs von Fr. 1665.— und überschritten dieses Jahr Fr. 5000.—. Diejenigen der BBC, die sich 1946 zwischen Fr. 820.— und Fr. 972.— bewegten, standen 1955 höchst

auf Fr. 2160.— und lagen Ende Juli 1961 um Fr. 4000.—. Globusaktien schwankten 1946 zwischen Fr. 770.— und Fr. 872.—, erreichten ein 1955er Höchst von Fr. 1100.— und erreichten Ende Juli 1961 rund Fr. 4500.—. Georg-Fischer-Inhaberaktien, 1946 zwischen Fr. 820.— und Fr. 1060.— bewertet, erzielten für das Jahr 1955 einen Höchstkurs von Fr. 1495.— und standen anfangs August 1961 bei Fr. 2900.—. Geigy-Inhaberaktien hatten nach Kriegsende einen Wert von ca. Fr. 3000.—, stiegen auf ein 1955er Höchst von Fr. 6700.—, wurden aber dieses Jahr schon zu rund Fr. 50 000.— gehandelt.

Diese Angaben berücksichtigen nicht die Kapitalsplits, bei deren Einbeziehung die Kursdifferenzen noch beträchtlicher wären. Wohl sind die Unternehmungen, die ihre Aktien an den Schweizer Börsen kotiert haben, gut fundiert und ausgezeichnet beschäftigt. Aber die gegenwärtigen Kurse sind erschreckend hoch und haben mit dem innern Wert der Gesellschaften oder mit einigermaßen vernünftigen Rendite-Überlegungen kaum mehr etwas zu tun. Die Euphorie des Booms an allen Wertpapierbörsen, die allmählich auch den «kleinen Mann» ansteckende Sucht nach leichtem Gewinn, nach Wuchsaktien und Sachwerten erinnern doch ein wenig an die Stimmung in den Jahren vor 1930.

Soziologische Umschichtung

Die nun über ein Jahrzehnt andauernde Hochkonjunktur hat nicht nur Strukturänderungen in der schweizerischen Wirtschaft und einen offensichtlichen Gesinnungswandel bei einem Großteil der Bevölkerung zur Folge gehabt, sondern sie bewirkt auch in *soziologischer* Hinsicht Änderungen, deren positive und negative Konsequenzen wir täglich spüren.

Es mag sein, daß es heute mehr kleine Unternehmungen insbesondere in der Form der Aktiengesellschaft gibt als früher und daß im Schatten der großen Unternehmungen viele Zuträgerfirmen und neben den großen Warenhäusern viele Detailunternehmen ihr Auskommen finden. Die Selbständigkeit im Gewerbe und Industrie geht aber zweifellos zurück. Die Zahl derjenigen, die sich einer mehrjährigen Lehre und einer weiteren Fortbildung unterziehen, um später selbständig ein Risiko auf sich zu nehmen, wird kleiner. Die Automatisierung, die hohen Kosten der wissenschaftlichen Forschung und Propaganda, die internationale Konkurrenz insbesondere des Massenproduktes, die wirtschaftliche Aufschließung von Großräumen und gemeinsamer Märkte und die zunehmende Typisierung der Produkte begünstigen die Konzentration, den Zusammenschluß zum Großunternehmen, den Trust. Nur durch glückliche Zufälle, Erfindungen neuer Produkte etc., kann ein neues Unternehmen durch alle Schwierigkeiten der Besteuerung, Kreditbeschaffung etc. in den mehr oder weniger geschlossenen oder sich schließenden Kreis der großen Wirtschaftsunternehmungen aufsteigen.

Die Konsequenzen dieser Konzentrationsprozedur, die keineswegs nach den Rezepten der Lehre Karl Marx' verlaufen, sind ungefähr die folgenden:

1. Die Zahl der Arbeiter nimmt infolge Mechanisierung und Automatisierung ab, der Kreis der fest besoldeten Mitarbeiter und Angestellten erweitert sich. Der Typ des Unternehmers und Inhabers verschwindet; es gibt in den Unternehmungen mehr und mehr nur noch leitende und ausführende Angestellte, die zusammen einen, allerdings wenig homogenen, neuen Mittelstand bilden. Im Grunde genommen treten damit Beamte an die Stelle der Unternehmer, wodurch trotz künstlicher «human relations» der Kontakt des Einzelnen mit der Firma eher schwächer wird.

2. In der Führung der Gesellschaften klaffen wirtschaftliche Wirklichkeit und gesetzgeberische Vorschrift immer stärker auseinander. Die effektive Verantwortung in einem großen Unternehmen liegt heute überwiegend bei seinen Exekutivorganen. Eine große Streuung der Aktien auf Tausende von Aktionären «demokratisieren» ein Unternehmen nur theoretisch. 5—10 Alleinaktionäre können in einer Gesellschaft wirklich und persönlich eingreifen. Ein großer Kreis von Aktionären aber muß notgedrungen die Leitung fast vollständig Dritten überlassen und wird mehr und mehr zu einem anonymen und passiven Gremium. Der Aktionär hat kaum mehr ein persönliches Verhältnis zu «seinem» Unternehmen. Dessen Maschinen gehören nicht mehr ihm. Aktienpakete werden von Leuten gehandelt, welche «ihre» Fabriken nie gesehen haben. Dieser Prozeß der «Mediatisierung» der großen Unternehmen ist in vollem Gange.

3. Das Sparen in Sachwerten, der internationale Aktienaustausch, fiskalische Überlegungen und Träume von Wuchsmöglichkeiten und Kurssteigerungen machen die Aktien immer mehr zu einem entpersönlichten und irrealen Papierwert. Die Dividende wird zunehmend zu einem erstarrenden Kostenfaktor, der sich höchstens im Tempo der Löhne, bzw. in Relation zu denselben nach aufwärts bewegt. Je größer die Unternehmungen werden, desto größer wird der von ihnen aus den Bruttoerträgnissen für die Eigenfinanzierung verwendete Gewinnanteil. Man darf wohl die Behauptung aufstellen, daß bei den großen Industrieunternehmungen oft weit mehr als die Hälfte der Erträgnisse zur Eigenfinanzierung verwendet wird. Nur der allfällige Restbedarf wird durch Bankkredite und Finanzierungen auf dem Kapitalmarkte aufgebracht. Die Unternehmung führt somit ein Eigenleben, fast unabhängig von den Leistungen und Wünschen ihrer «Besitzer», das heißt ihrer Aktionäre.

4. Der alte Unternehmerbegriff aus der Väterzeit verschwindet mehr und mehr und macht dem bekannten und sattsam kritisierten Managertyp Platz. Neben den damit verbundenen Gefahren der Entpersönlichung und Bürokratisierung der Unternehmungen hat diese Entwicklung aber auch ihre gute Seite. Der heutige Unternehmensführer fühlt sich vermehrt als Treuhänder der Allgemeinheit als der frühere Unternehmer. Er empfindet die ihm anvertraute

Macht als Verantwortung und Aufgabe, für die er in langen Jahren geschult wird. Nepotismus ist im heutigen anonymen Großunternehmen fast unmöglich geworden. Der Tüchtige kann auch einem Mammutgebilde neue Impulse und richtungweisende Energien vermitteln. Die Treue zum Werk überträgt sich sogar auf verstaatlichte Großunternehmen. In der nationalisierten englischen Stahlindustrie oder bei den verstaatlichten Großbanken Italiens und Frankreichs war und ist die Konkurrenz so scharf wie bei einem Privatunternehmen. In diesem Sinn enthält das berüchtigte Wort eines Verteidigungsministers der Eisenhower-Regierung «What is good for General Motors is good for the USA» eine tiefere Bedeutung.

Gestaltung der Zukunft

Was können wir tun, um zu verhindern, daß auf der Konjunkturblüte der letzten Jahrzehnte ein Giftpilz zu wuchern beginnt, der die soliden Kraftquellen unseres Volkes anzufressen beginnt? Jede geschichtliche und wirtschaftliche Epoche hat ihre Eigengesetzlichkeit. Unsere technische Zeit hat Kräfte freigelegt, die mit Augustreden, Präsidialadressen, Diskontmaßnahmen, Subventionen, Palliativmitteln und volkswirtschaftlichen Beweisführungen kaum gebändigt werden können. Über Fragen der exakten Wissenschaft spricht nur der Fachmann. Von der Wirtschaft glaubt jeder etwas zu verstehen, jedenfalls redet jeder mit. Man mag manchmal zweifeln an der Fähigkeit demokratischer Institutionen, die ungeheuren Kräfte für Gedeih und Verderb, welche von der modernen Wirtschaft her in das Leben jedes Einzelnen eingreifen, vernünftig und mit dem Blick auf das Ganze zu handhaben. «Was hülfe es, so wir die Welt gewännen und nähmen doch Schaden an unserer Seele?»

Es steht wohl eindeutig fest, daß in einem hochindustrialisierten und differenzierten Staat diejenigen Fragen, welche der Preismechanismus nicht lösen kann — sie werden leider immer größer — nur innerhalb des Rahmens der Marktwirtschaft geregelt werden dürfen und daß gegen deren Gesetze auf die Dauer kaum ungestraft gehandelt werden kann. Aber die Frage: freie individualistische Gestaltung oder gelenkter Sozialismus, hängt zuletzt doch vom Wollen des wirtschaftenden Menschen selber ab. Für seinen Entscheid ist aber ein Mindestmaß an Verständnis für das Wesen und Funktionieren des bestehenden Wirtschaftssystems erforderlich, soll dasselbe auf die Dauer befriedigend arbeiten. Fruchtbar kann nur ein gesundes Wirtschaftsleben sein, in welchem der Lohn einer Arbeit von ihrem natürlichen und ungezwungenen Ertrag abhängt. Wird der Arbeitslohn eine politische Größe, dann beginnt das krankhafte Wettrennen zwischen dem Absatz, der zur Erhaltung des Ganzen vergrößert werden muß, und den vorauseilenden Löhnen und Kosten. Die fast fieberhafte Produktionssteigerung und Bedarfsreizung der letzten Jahre er-

klärt sich großenteils aus diesem «Sich-gegenseitig-Hinaufsteigern», diesem Wettlauf zwischen Hase und Igel.

Die humanistisch bürgerliche Epoche ist zweifellos im Ausklingen begriffen. Wieviel von ihrer Bildung und Menschlichkeit in unserer Zeit bleiben wird, ist zweifelhaft. Was wir aber sicher erhalten können, ist der vernünftige Sinn unseres Volkes für Mäßigung und seine instinktive Erfassung der tiefen Bedeutung der Arbeit als Grundlage jeglicher Kultur. Es mag an das tröstliche Goethewort erinnert werden: «Das Publikum betrügt sich über das Einzelne fast immer, über das Ganze fast nie.»

Cavour und die Einigung Italiens

HERBERT MICHAELIS

Es gibt viele Unterschiede zwischen dem 19. und dem 20. Jahrhundert. Wer sie aufzählen wollte, fände einen Katalog von Erscheinungen, die einmal waren und nicht mehr sind: das europäische Gleichgewicht und das europäische Konzert, Europa als Zentrum der Weltgeschichte und Weltkultur, eine als verbindlich anerkannte Moral seiner Völker und Staaten, an deren Spitze fast durchweg Monarchen standen und Staatsmänner, die politische Menschen waren, das heißt solche, die den eigenen Staat, sein Interesse und seine «Räson» bis ins letzte kannten und sich von ihm die Möglichkeiten wie die Grenzen ihres Handelns vorschreiben ließen, die sich aber zugleich einem moralisch-universalen Zusammenhang verpflichtet fühlten, der die individuelle Existenz in der Gemeinschaft mit den anderen Staaten verbürgte, Männer, die zu herrschen, aber auch noch zu dienen verstanden. Kurz: eine Welt, die «in Ordnung» und «in Verfassung» war, aber dennoch voll Leben und nicht ohne die drängende Kraft des Dynamischen und der Revolution.

Revolution und Reaktion

Sie, die Revolution, die liberale und nationale, war das Problem. Mit dem Sturz des plebiszitären französischen Kaisers war sie wieder in die Schranken verwiesen, und die Staatsmänner des Wiener Kongresses hatten die monar-